

# Der Textil-Arbeiter

Schulzeitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 6/9  
Verleger: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphische Adressen: Textilpraxis Berlin

**Verzinkt seid Ihr nichts — Verzinkt alles!**

Anzeigen- und Verbandselder sind an Otto Zehms, Berlin D. 3  
Memeler Straße 8/9 (Postfach 5398), zu richten. — Bezugs  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile.

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

## Internationale gewerkschaftliche Werbewoche.

Am 21. August 1926 besteht die gewerkschaftliche Internationale 25 Jahre. Jubiläen von Organisationen der Arbeiterbewegung sind uns niemals nur ein Anlaß zu beträchtlicher Rückschau und zur Veranstaltung festlicher Akte, sondern stets vielmehr Gelegenheit zur Sammlung der Kräfte für neue Kämpfe. Daher wird zur Erinnerung an die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in allen Ländern der Internationale eine **Werbewoche** veranstaltet werden. Ausersehen ist dafür die Woche vom 13. bis 19. September, da die sommerliche Zeit, in die das Jubiläumsdatum fällt, weniger dazu geeignet wäre.

Auch die deutschen Gewerkschaften werden diese Werbewoche, die sich infolge ihres internationalen Charakters zu einem Wettbewerb der nationalen Bewegungen auf dem Gebiete der Werbetätigkeit gestalten wird, durchführen. Versammlungen der Verbände und Kundgebungen der Ortskartelle werden an den am besten dazu geeigneten Tagen stattfinden, aber das wichtigste Mittel der Werbung wird auch diesmal die stillere Hausagitation und die Agitation in den Betrieben sein. Diese Methoden haben sich immer wieder als die erfolgreichsten bewährt.

Das bedeutet, daß die wichtigste Aufgabe in dieser Werbewoche den Funktionen in den Betrieben und den Mitgliedern zufällt. Sie dürfen es in dieser Woche noch weniger als sonst in der Agitation bei dem bewenden

lassen, was von den Ortsverwaltungen, Ortsausschüssen, Bezirksleitungen und Zentralvorständen geschieht. Diese Stellen werden sie mit Material versorgen und insbesondere den Funktionären rechtzeitig Fingerzeige für die Agitation geben. Aber dennoch muß sich jedes Mitglied, Mann und Frau, selber kräftig rühren. Schon jetzt müssen sich alle auf die bevorstehende Arbeit vorbereiten. Alle müssen sich angespornt von ihrer Ueberzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Ueberzeugungskraft besitzt und der Widerrede der Unwissenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgeleitete Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand einen neuen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Und dann darf es vom 13. bis 19. September keine Ruhe geben, bis das Menschenmögliche getan ist. Kollegen, halte auch die Bedeutung der Aktion vor Augen, denke daran, daß gleichzeitig mit uns in allen Ländern alle unsere Genossen mit uns in dem gleichen Streben bemüht sind: dem Streben, Macht und Größe ihrer Organisation zu mehren! Dann wird niemand von uns zurückstehen wollen.

### Die Textilindustrie Sachsens.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter.

Von M. Winkler.

Außer dem Landesgewerbeaufsichtsamt, das unter Leitung des Landesgewerbeinspektors Prof. Kranz steht, bestehen im Freistaat Sachsen noch fünfzehn Gewerbeaufsichtsämter. Diese haben ihren Sitz in Bautzen, Zittau, Annaberg, Chemnitz, Glauchau, Dresden, Freiberg, Meißen, Döbeln, Leipzig, Rochlitz, Wurzen, Aue und Plauen.

Diese Aufsichtsämter haben kürzlich ihre Berichte über das Jahr 1925 herausgegeben. In diesen ist recht Wissenswertes über die Textilindustrie Sachsens enthalten. Für die Textilarbeiter ist es von Interesse, darüber einiges zu erfahren.

Ueber den Umfang der Textilindustrie ist zu sagen, daß sie die Hauptindustrie Sachsens darstellt; denn 29,4 Proz. aller Industriearbeiter in 7081 Betrieben mit fünf und mehr Arbeitern sind in der Textilindustrie beschäftigt. Insgesamt sind 304 553 Textilarbeiter beschäftigt, davon 300 265 in Betrieben von fünf und mehr, 4288 in solchen mit ein bis vier Arbeitern. Die Zahl der Betriebe und Arbeiter hat sich gegenüber der letzten Zählung erhöht, weil 1925 alle Betriebe mit ihren Arbeitern erfasst wurden. Angestellte wurden außerdem 30 400 gezählt, so daß auf 100 Arbeiter 9,1 Angestellter kommt. Von den in Betrieben von fünf und mehr Beschäftigten sind 105 584 männliche, 178 766 weibliche und 15 915 jugendliche. Neben 5,3 Proz. Jugendlichen sind also 59,5 Proz. Arbeiterinnen beschäftigt.

#### Betriebsräte.

Es wird konstatiert, daß im Berichtsjahre ein weiterer Rückgang jener Betriebe zu verzeichnen sei, in denen trotz des Einwirkens der Aufsichtsämter und trotz der Verpflichtung, keine Betriebsräte und Obmänner vorhanden sind. Es seien in den Betrieben der Chemnitzer Metallindustrie mit ihren weitgehend an Arbeitnehmerverbände angeschlossenen Belegschaften fast durchweg lebhaft tätige Arbeitnehmervertretungen anzutreffen, während in zahlreichen mittleren und kleinen Textilbetrieben, wo die Arbeiterschaft oft durch Streitigkeiten zersplittert war, die Betriebsvertretungen fehlten. Die Gewerbeaufsichtsämter gaben sich Mühe, die Neuwahl der Betriebsräte und Obmänner herbeizuführen. Obwohl wir wissen, daß es mehr „freigestellte“ Betriebsratsvorsitzende gibt, sagt der Bericht nur von zweien, die im Zittauer Bezirk in Betracht kommen — die übrigen Bezirke hätten keine Angaben gemacht.

#### Heimarbeiter.

Die Heimarbeiter in der Textilindustrie noch ausgeprägt vorhanden. Von 101 434 gezählten Heimarbeitern im Freistaat Sachsen werden allein in der Textilindustrie 63 433 und zwar 3963 männliche und 59 470 weibliche beschäftigt. Die Entlohnung derselben ist in 31 Tarifen des Textilgewerbes geregelt. Zahlreiche Tarifverträge der insgesamt 140 abgeschlossenen für die Textilindustrie enthalten zwar die Bestimmung, daß die Heimarbeiter nicht schlechter gestellt sein sollen, als die im Betriebe Beschäftigten, aber diese Bestimmung wird ebenso, wie die für die Heimarbeiter selbst abgeschlossenen Tarifverträge sehr oft mißachtet. Die Aufsichtsämter gehen mit Bußandrohungen und Bußaussetzung dagegen vor, jedoch erzielen sie damit keinen durchschlagenden Erfolg. Der **Posamententarif** sichert den Heimarbeitern die gleichen Löhne zu wie im Betrieb Beschäftigten; in Wirklichkeit wurden aber Durchschnittsverdienste von nur 10 bis 12 Pf. erzielt. Eine Firma zahlte den Betriebsarbeiterinnen 27 Pf. Stundenlohn, bei den Heimarbeitern wurden aber nur 7 Pf. Stundenlohn zugrunde gelegt. Am ungünstigsten lagen die Verhältnisse in der **Knopfaberei** bei Durchschnittsverdiensten von 6 bis 8 Pf., aber es wurden auch Stundenlöhne von 4 Pf. festgestellt. Die **Ausächerinnen** im Reichenbacher Bezirk, die nach dem Tarif 46 Pf. erhalten sollen, wurden mit 27 Pf. abgespritzt. Schlecht ist auch die Entlohnung in der **Stiderei- und Spitzenindustrie**. Die erzielten Stundenlöhne betragen 8 bis

12 Pf. Die **Rohausbesserinnen** erhalten im Betrieb für 100 Fehler 85 Pf., in der Heimarbeiter aber nur 40 Pf. Die **Mitgabe von Heimarbeiter** an Betriebsarbeiter wird ebenfalls immer wieder versucht, doch treten die Aufsichtsämter diesem Mißstand unter Hinweis auf § 137a, Abs. 1 der G.D. entgegen. Das nach dem Hausarbeitsgesetz verbotene Sortieren von Lumpen mußte wiederholt untersagt werden, doch mißglückte der Versuch, mit Bestrafungen gegen die Arbeitgeber vorzugehen, denn nach § 11 des Hausarbeitsgesetzes ist nicht der Arbeitgeber, sondern der Heimarbeiter strafbar. Als ungeeignete Heimarbeiter wird das in Grimmitzschau und Umgegend übliche **Wollkleejen** bezeichnet, da die aus Amerika stammenden Wollkleejen zum Teil ekelerregende Beimengungen enthalten.

Aus den Berichten ist ersichtlich, daß sich die Aufsichtsämter bemühen, fortgesetzt im Interesse der Heimarbeiter zu wirken. Daneben hat sich auch das Arbeitsministerium durch Verordnungen und Anregungen, die aus den Berichten ersichtlich sind, für die Heimarbeiter eingesetzt. Solange aber die Heimarbeiter nicht selbst energisch ihre Interessen vertreten und organisationslos in Angst und Bangen dahin vegetieren, wird dieses Wirken der Aufsichtsbehörden keinen durchschlagenden Erfolg zeitigen.

#### Jugendliche und Kinder.

Die Beschäftigung von Jugendlichen war in einem Fokk zum Zwecke der Durchführung des Zweischichtensystems vorübergehend bis abends 10 Uhr genehmigt, dann aber wieder beschränkt worden. Der Arbeitgeber, der sich nicht der Anordnung fügte, wurde zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einem anderen Falle wurde die gleiche Beschäftigungsdauer vorübergehend genehmigt, dann aber untersagt. Darauf reichten 125 Arbeiter ein Gesuch auf Wiedergenehmigung ein. Das Arbeitsministerium lehnte aber das Gesuch ab. Und mit Recht! Arbeiter dürfen sich nicht von ihrem Unternehmer zu derartigen Vorgehen mißbrauchen lassen!

Einen breiten Raum nimmt noch die **Kinderbeschäftigung** ein. Gegen die Beschäftigung von Kindern in Betrieben mit Motorkraft mußten die Gewerbeaufsichtsämter im Berichtsjahr fortgesetzt ankämpfen. In den Kleinbetrieben der Textilindustrie, besonders auf dem Lande, ist die von jeher übliche Verwendung von Kindern zu Nebenarbeiten aller Art trotz eingehender Ueberwachung dieser Anlagen nicht zu beseitigen gewesen. Unzulässige Kinderarbeit im Sinne von § 135 ist in der Textilindustrie allein im Aufsichtsbezirk Chemnitz in 52 Fällen festgestellt worden. Von der Arbeiterschaft wird gegen diese Verwendung leider selten Stellung genommen. Besonders bedauerlich ist dieser Zustand auch deshalb, weil die Kinderarbeit teilweise zum Lohndruck benützt wird. Bei den Aufsichtsbehörden besteht die Absicht, durch Gewährleistung auskömmlicher Löhne an die Unterhaltungsplichtigen und durch Aufklärung der Kinderarbeit entgegen zu wirken. Wenn mit Recht darf wohl angenommen werden, daß die Eltern nicht aus Wollust, sondern aus bitterer Not ihre Kinder in die Fron des Kapitals zwingen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß das Arbeitsministerium folgende Verordnung unter dem 8. Juli 1925 — Nr. B. 25 S. 2 — herausgab:

„In Uebereinstimmung mit der Verordnung an die Bezirksfürsorgeverbände (W. A. c. 132/25 S. 122) werden die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, bei der Beaufsichtigung gewerblicher Kinderarbeit zu prüfen, ob die Unterhaltungsplichtigen Hausarbeiter sind und ob ihnen im Sinne des § 20 des Hausarbeitsgesetzes zuzulässige Entgelte gewährt werden. Derart gewonnene Feststellungen werden zunächst in sehr vielen Fällen den Fachauschüssen mitzuteilen sein oder Veranlassung geben, die Frage der Errichtung weiterer Fachauschüsse zu prüfen, um die Festsetzung zuzulässiger Entgelte herbeizuführen. Soweit eine Entlohnung der Unterhaltungsplichtigen erreicht wurde, die als „zulässiges Entgelt“ anzusehen ist, wird der Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes mehr Nachdruck zu verleihen sein, als bisher.“ (Fortsetzung folgt.)

## Europa-Kartelle.

(Rohstahlgemeinschaft und Stahlwerte, ein europäisches Problem.)

Mit der Fertigstellung des vorläufigen deutsch-französischen Handelsabkommens (Handelsprovisorium) ist auch die Errichtung der internationalen Rohstahlgemeinschaft (Eisentrust) vollzogen worden. Das zeitliche Zusammentreffen beider Ereignisse ist keineswegs zufällig. Die Eisenverhandlung hat zwei Jahre lang die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stark beeinflusst. Die französischen und deutschen Eisenproduzenten spielten im Rahmen derselben die Rolle des Staates im Staate und die Desfentlichkeit hat sich des öfteren gegen eine solche neuartige und nicht unbedenkliche Uebertragung der Staatsmacht auf private Gruppen gewehrt. Inwieweit eine solche Uebertragung auf Kosten der Allgemeinheit und der Allgemeinwirtschaft geht, wird sich wohl noch zeigen. Gewiß gibt es Kreise, z. B. die deutsche Landwirtschaft, die sofort, ohne das Handelsprovisorium überhaupt zu kennen, über die Gefährdung der deutschen Agrarinteressen durch den Vertrag zeterie, die auch in diesem Vertragsabschluß den Ruin der deutschen Wirtschaft erblicken; wie immer — und wenn es nach diesen Geistern ginge, kämen wir überhaupt nie zu einer Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen. Davon abgesehen, dürften aber die Klagen der deutschen Eisenverbraucher über die Verquickung von Eisenvertrag und Handelsvertrag ziemlich gerechtfertigt sein und durchaus Beachtung verdienen. Es handelt sich auch bei ihnen nicht um eine Einzelercheinung; so werden u. a. große Teile der deutschen Textilindustrie bald in eine ähnliche Lage kommen. In dem jetzt abgeschlossenen Handelsprovisorium gelten für die Einfuhr von französischen Seiden und französischen Seidenwaren nach Deutschland private Vereinbarungen zwischen der deutschen und französischen Seidenindustrie, die bereits im Jahre 1925 getroffen wurden und die Weißbegünstigung vorsehen. Deshalb kommt die französische Seidenindustrie ab 1. Januar 1927 in den Genuß der erniedrigten Zölle nach dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag. Es handelt sich hierbei aber lediglich um eine Uebergangszeit, da das deutsch-französische Provisorium nur bis zum Februar 1927 läuft, wodurch die Möglichkeit einer Neuregelung gegeben ist. In diese Neuregelung ist dann der ganze deutsch-französische Textilverkehr einzubeziehen. Man will wissen, daß man in den maßgebenden Kreisen die Schwierigkeiten in der Art überwinden will, wie das die Eisenindustrie getan hat.

Die Bildung des Eisentrusts ist sicher eine der wichtigsten Etappen auf dem Wege zum europäischen Wirtschaftszusammenschluß. Der Trust umfaßt vorläufig die deutsche, belgische, luxemburgische und schweizerische Produktion und stellt mit einer Jahreserzeugung von 25,6 Millionen Tonnen, wovon allein 12,4 Millionen auf Deutschland (ohne Saarbezirk) entfallen, eine der gewaltigsten Wirtschaftsmaschinen überhaupt dar. Der amerikanische Stahltrust, United States Steel Corporation, hat eigentlich in der internationalen Rohstahlgemeinschaft erst kein europäisches Gegenstück erhalten. Darüber hinaus ist zu beachten, daß der amerikanische Stahltrust bei seiner Gründung (1901) schließlich nur der Zusammenschluß von ungefähr 150 Einzelwerken war und daß es sich bei der internationalen Rohstahlgemeinschaft um weit mehr, nämlich um die Vereinigung von Produktionsgebieten handelt, die auseinander von Natur aus abgegliedert sind und sich ergänzen. Der französische Boden enthält die ungeheuren Minettelager. Es handelt sich hier um Eisenerze, die ungefähr nur die Hälfte an Eisen wie die Schwabenerze und die jenseitigen Erze, dafür aber viel Säuren enthalten, die früher einmal die Verarbeitbarkeit der Minette zu Stahl unmöglich machten. Jahrhundertlang hatte die französische Minette überhaupt keinen Wert; so war noch der Bessemerprozeß auf die Verwendung reiner phosphorfreier Eisenerze angewiesen. Die Entziehung des Phosphors aus dem Eisen wurde durch den Engländer Sidney Thomas gelöst, dem es gelang, die in der Minette enthaltenen Kieselsäure und Phosphorsäuren durch ein brauchbares basisches Futter für die Converter, durch reichlichen Kalkzuschlag und Nachblasen zu binden. Mit der Einführung des Thomas-Gilchrist-Prozesses begann der ungeheure Aufstieg der französischen Minette, war für die europäische Eisenproduktion die bisher unerschöpfliche Kohlenstoffbasis gefunden. Die Verhüttung der Minette ermöglichte sich mit Hilfe des rheinisch-westfälischen Koks und so begannen die Geschäftsbeziehungen zwischen dem gewaltigen Industriegebiet an Ruhr und Rhein und dem in Lothringen-Luxemburg. Sie werden bezeichnet durch die Ausdehnung der westfälischen Gruben- und Eisenbetriebe (Groß-Gesellschaften, Thyssen, Klöcker uhm.) nach Lothringen. Es bildet sich der sogenannte lothringisch-rheinische Block, der sich mit einem Flügel auf die Minette in Lothringen und mit dem anderen Flügel auf die Kohlenflöze in Rheinland und Westfalen stützte. Die Entwicklung wurde durch den Krieg unterbrochen. Einmal nahm der Kriegsausgang der deutschen Eisenzeugung die Rohstoffbasis, das andere Mal in Frankreich eine ausgebeutete und schließlich überholte Eisenproduktion, für die der neue und größte Eisenhaat der Welt, Frankreich, keine Absatzgebiete hatte. Die nach dem Krieg einmal brechend werdende Frage des Koksmanuels in Frankreich spielt heute nur eine untergeordnete Rolle, da die Koksproduktion in Rheinland und Westfalen einen derartigen Umfang angenommen hat, daß Koks im Ueberflusse vorhanden ist und in den Monaten vor jetzt durch die englischen Bergarbeiterausperrung unterbrochener Kohlenströme überhaupt nicht unterzubringen war. Der durch den Krieg geschaffene Zustand bedeutet eine Zerrüttung der europäischen Eisenwirtschaft. Durch die Errichtung der internationalen Rohstahlgemeinschaft ist vermehrt die Grundlage für das Zusammenarbeiten der deutschen und der französischen Produzenten geschaffen worden; denn der neue lothringisch-rheinische Block — ohne Krieg und ohne anderes Ziehen der russischen Grenze!

Die Bedeutung des Berganges liegt darin, daß die schändliche Eisenproduktion durch ihre Zusammenarbeit in die Lage versetzt wird, ihre Geschlechtsseiten ganz bedeutend zu senken. Von unermesslicher Seite wurde vor längerer Zeit mal betont, daß eine Senkung des Eisenpreises durch die Nierenerschmelzung um 20 Prozent, durchaus möglich sein werde. Wir haben eine Senkung der Geschlechtsseiten in noch weit größerer Maße für möglich und zwar auf Grund der technischen Umstellung, die gerade von den deutschen Eisen- und Stahlwerken vorgenommen worden ist. Voraussetzung für eine solche Preisentfaltung ist aber die Vollbeschäftigung der Werke. Sie sind gezwungen, entweder den Produktionsapparat einzuschränken oder ihren Abfall stark zu steigern. Statt dessen wird die internationale Rohstahlgemeinschaft einen anderen Weg gehen und zwar den Weg der Konzentrierung. Das ganze Abkommen ist darauf angelegt, durch Einschränkung der Produktion den französischen angemessenen Preis zu halten. Nach dem Vertrag können es aber kein bekannt geworden ist, wird die ganze Produktion gleich im Voraus festgelegt. Von dieser Produktion entfallen 43,20 Prozent auf Deutschland, 29,45 Prozent auf Frankreich einchl. Luxemburg, 16,11 Proz.

**Inhalt:** Internationale gewerkschaftliche Werbewoche. — Die Textilindustrie Sachsens. — Europa-Markte. — Albin Hecht-Plauen, 25 Jahre Lokalbeamter des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Die „Chemnitzer Volksstimme“ und der Deutsche Textilarbeiterverband. — Notstandsarbeit und Arbeitsbeschaffung. — Frauenteil. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbundgebiet im Juli 1928. — Alte und neue Verhältnisse (II). — Der Landrat Niebebach in Volkshaus und der Kampf der Hüttenarbeiter in Merzdorf. — Ernst Lange. — Gewerkschaftliches. — Verichte aus Sachsisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Verfassungsfeiern . . . .!

auf Belgien und 5,73 Prozent auf das Saargebiet. Darüber hinaus übernimmt Deutschland vollfrei von Frankreich einschl. Saargebiet 8,75 Prozent und von Luxemburg 2,75 Prozent der jeweiligen deutschen Produktion. Dieses vollfrei von Frankreich bezug. Luxemburg nach Deutschland einzuführende Eisen wird aber keine Konkurrenz für den deutschen Eisenpreis bedeuten, denn die französischen bzw. luxemburgischen Produzenten haben sich verpflichtet, das Eisen nur an die deutschen Industrieverbände abzuführen, die den Verkauf dann vornehmen. Sofern die Franzosen verzolltes Eisen einführen, sind sie nach dem Vertrag gehalten, keinen niedrigeren Preis zu nehmen als den deutschen Inlandspreis. Mit der Produktionsgemeinschaft ist also vor allem die Preiskonvention entstanden, die den Eisenpreis kontrolliert und monopolisiert und aller Wahrscheinlichkeit nach stark übersteht. Es handelt sich um eines der härtesten Preisdiktate überhaupt! Der deutsche Eisenverbraucher ist auf den Bezug des von der internationalen Rohstahlgemeinschaft kontrollierten Eisens angewiesen und muß jeden Preis schlucken. Das wichtigste der bürgerlichen Wirtschaft, der Ausgleich durch Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet der Preisbildung ist ausgeschlossen. Von der Wohltat der Produktionsgemeinschaft zwischen Vorbringen und Rheinland und Westfalen bekommt der Verbraucher nichts zu sehen. So wird Vernunft Unsinn, Wohlhat Plage. Träger der internationalen Rohstahlgemeinschaft in Deutschland ist die Vereinigte Stahlwerke A. G. (Ruhrtruf). Der Truf umfaßt folgende großindustriellen Werke des Ruhrgebietes: 1. Die Rhein-Eisen-Union mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- u. Hütten-A. G., der Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. und dem Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation. 2. Die Phönix-A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb mit der Vereinigten Stahlwerke von der Hagen und Wiskener Eisenhütten-A. G. 3. Die Rheinischen Stahlwerke A. G. 4. Den Thyssenkonzern. Nach erfolgter Gründung wurde diesem Riesengebilde noch die Charlottenhütte A. G. in Niederfelden (Siegerland) und die Bergische Stahlindustrie angegliedert. Darüber hinaus schloß der Ruhrtruf Pachtverträge mit dem Saarwerk und mit der Rombacher Hütte ab. Die Machtentfaltung der Vereinigten Stahlwerke A. G. ist aber heute noch keineswegs abgeschlossen; sie verfügt über heute schon über 85 Hochöfen, 27 Konverter und 57 Martinöfen. Dazu tritt ein großer Teil von Walzwerken, dessen Leistungsfähigkeit diejenige der Stahlherstellungsanlagen wesentlich übersteigt. Von der Gesamtproduktion in der Roheisenherstellung (2 268 852 Tonnen) entfallen 48,47 Prozent auf die Vereinigten Stahlwerke, bei der Rohstahlerzeugung (15 807 298) 46,82 Prozent, beim Halbzeug 56,59 Prozent, bei Röhren 50,2 Prozent, bei Oberbaumaterial 55,77 Prozent, beim Stabeisen 41,94 Prozent, beim Bandstahl 48,59 Prozent und beim Rohblech 47,13 Prozent. Im übrigen hat sich im Ruhrtruf mit der Eisen- und Stahlproduktion auch ein erheblicher Teil der deutschen Kohlenwirtschaft konzentriert. Die Vereinigte Stahlwerke A. G. kontrolliert in den Gruppen Dortmund-Hamm, Bochum, Essen-Gelsenkirchener und Hambrn 27 der größten Zechen und Gewerkschaften. Die Beteiligung des Ruhrtrufes am rheinisch-westfälischen Kohlenindus hat beträgt insgesamt 34,8 Millionen Tonnen Kohlen, das sind nahezu 22 Prozent der Gesamtbelegung.

Der Gigant arbeitet mit einem Aktientkapital von 800 Millionen Mark. Dazu treten 125 Millionen Genussscheine, 99,5 Millionen Mark offene Forderungen und 62,2 Millionen Mark Rücklagen. Die eigenen Mittel befreieren sich damit auf 1 086,7 Millionen Mark; die fremden Mittel (Anleihen der Rhein-Eisen-Union, der Firma Thyssen usw.) werden mit 287,7 Millionen Mark und die anderweitig fundierte Schulden (gestundeter Kaufpreis, gestundete Fiskussteuer usw.) mit 111,2 Millionen angegeben. Damit hätte der Ruhrtruf insgesamt 1 485,6 Millionen Mark zu verzinsen (Zinsen oder Dividende). Angesichts dieser Kapitalmasse ist oft die Befürchtung laut geworden, ob der Stahltruf nicht überkapitalisiert ist, d. h. ob die Kapitalmasse nicht zu gemalt ist, als daß die zur Verzinsung notwendigen Summen aus dem Betrieb herausgewirtschaftet werden können. Der bekannte amerikanische Fachmann Mr. H. A. Braffer schätzt den gegenwärtigen Aufbaumarkt der Vereinigten Stahlwerke A. G. auf das Doppelte des Buchwertes und kalkuliert den jährlichen Rohgewinn des Ruhrtrufes in den fünf Jahren 1927—1931 im Durchschnitt auf etwa 119 Millionen Mark. Dabei sind die Abschreibungen berücksichtigt, aber nicht der Abzug von Zinsen und Steuern. Bei der Einführung der Aktien der Vereinigten Stahlwerke A. G. an der Berliner Börse stellte sich der Kurs im Durchschnitt (freier Kurs) auf ungefähr 130 Prozent. Wenn man von einer Durchschnittsrente in Deutschland in Höhe von 8—10 Prozent ausgeht, muß die Vereinigte Stahlwerke A. G. für die Dividendenzahlung jährlich allein eine Summe von 70—80 Millionen Mark aufbringen. Da noch 40 Millionen Mark für den Schuldendienst zu be-

rücksichtigen sind, dürfte sich die jährliche Verpflichtung des Stahltrufes der Kapitalanlage allein auf rund 120 Millionen Mark stellen. Nimmt man, nach dem amerikanischen Sachverständigen, den Durchschnittsrohgewinn mit 119 Millionen Mark an, so würden sich die Verpflichtungen mit dem Aufkommen gerade ausgleichen. Berücksichtigt man in dieser Rechnung aber u. a. noch nicht die Steuern, so daß die Behauptung, der Stahltruf sei überkapitalisiert, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Die Anlagebuchwerte der Muttergesellschaften betragen ungefähr 850 Millionen Mark; im Prospekt der Vereinigten Stahlwerke A. G. erscheinen sie in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. Damit bleibt die Vereinigte Stahlwerke A. G. allerdings immer noch ganz beträchtlich hinter dem Kapital der United States Steel Corporation zurück, die bei ihrer Errichtung im Jahre 1901 nicht weniger als eine Kapitalmasse von 1400 Millionen Dollar, gleich 5,88 Milliarden Mark zu verwalten hatte. Nun ist aber eine Vergleichung weder mit den Muttergesellschaften des Ruhrtrufes als auch mit dem amerikanischen Stahltrufes unmöglich. Einmal bedeutet die Konzentration der deutschen Eisenwirtschaft in der Vereinigten Stahlwerke A. G. eine Steigerung der Leistungsfähigkeit, der Produktionskapazität. Man berechnet die Einnahmesteigerung z. B. die der Ruhrtruf nach



Albin Hecht-Plauen, 25 Jahre Lokalbeamter des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Am 1. August 1901 trat der Kollege Albin Hecht als Lokalangestellter bei der Filiale Crimmitschau in den Dienst des Textilarbeiterverbandes. Kollege Hecht war der erste Lokalangestellte innerhalb des Verbandes. Vorher hat selbstverständlich der Kollege Hecht lange Jahre im Interesse des Verbandes gewirkt; war er doch schon 1897 Vorsitzender des Agitationskomitees der Filiale Crimmitschau. Am 1. Juli 1910 übernahm Albin Hecht die Leitung der Filiale Ritzberg in Sachsen und seit dem Jahre 1913 wirkte er in Plauen im Vogtland als Verwalter der Raffengeschäfte. 25 Jahre lang Lokalbeamter einer Gewerkschaftsorganisation zu sein, will etwas heißen. Angefeindet, verfolgt von Haß und Neid, ging er seines Weges. Wiederholte Freiheitsstrafen, die Hecht verbüßte, erinnern ihn daran, daß er für eine unterdrückte Schicht des Volkes eintrat und deren Interessen verteidigte. Trotz aller Anfeindungen hat Hecht in 25jähriger treuer und mühevoller Arbeit dem Verband gedient und ihm das Höchste, was er geben konnte, gegeben. Es liegt nicht in seinem Wesen, nach außen hin zu glänzen. Er ist Organisator und als solcher hat er mühseligste Arbeit geleistet, dabei hat er sich vor keiner Arbeit gescheut. Er hat nicht nur die Rollen zur Arbeit verteilt, sondern er ging selbst mit treppauf treppab, wenn es galt, abtrünnige Mitglieder wiederzuholen, oder neue zu gewinnen. Mit Ausdauer und größtem Eifer hat er ständig für die Organisation gearbeitet. Zu jeder Stunde war Hecht bereit, für die Organisation zu arbeiten. Für ihn gab es keinen begrenzten Arbeitstag, keinen Sonntag, und er fand immer Arbeit, die geleistet werden mußte. Wir wünschen, daß unser Kollege Hecht noch recht lange im Dienste der Organisation tätig sein kann und bringen ihm an dieser Stelle unseren herzlichsten Glückwunsch zur Jubelfeier zum Ausdruck.

Stabilisierung des französischen und belgischen Franken erzielt dürfte, auf 20 Prozent. Des anderen ist zu berücksichtigen, daß der Stahltruf in Amerika bei seiner Gründung im Jahre 1901 außerordentlich war, während der Ruhrtruf über einen modernen und vollständigen Produktionsapparat verfügt. Ausschlaggebend ist das technische Moment oder nicht, sondern einzig und allein die Tatsache, ob der Stahltruf in Deutschland für seine Erzeugung den nötigen Absatzmarkt findet. Wenn man die Entwicklung von diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird die Gefahr der Überkapitalisierung greifbar.

Das ist aber eine Angelegenheit, die nicht nur die Aktionäre des Deutschen Stahltrufes angeht. Sind die zu verzinsenden Kapitalmassen in der Vereinigten Stahlwerke A. G. zu groß, dann ergibt sich für den Stahltruf die Notwendigkeit einer Preissteigerung für seine Produkte, um die Gewinne ausbringen zu können. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Eisenwirtschaft im Ruhrtruf ist aber der Versuch einer Sanierung eines sehr großen Teils der deutschen Wirtschaft, zu mindesten der Wirtschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht worden. Schlägt dieser Versuch aus Gründen der Überkapitalisierung fehl, so muß diese Tatsache die deutsche Wirtschaftspolitik, besonders die Preis- und Zollpolitik in Zukunft bestimmen. Zwangsläufig wird jede Möglichkeit abgeschritten, durch eine Preisverbilligung den Absatz zu vergrößern, wodurch nur allein die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden sind. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man auch die Internationale Rohstahlgemeinschaft betrachten. In dem Maße wie der deutsche Stahltruf infolge einer sehr wahrscheinlichen Überkapitalisierung notleidend wird, dürfte er seine Monopolstellung im Sinne der von uns gekennzeichneten solchen Preispolitik ausnutzen. Die Vorgänge in der europäischen Eisen- und Stahlwirtschaft sind also von größter Bedeutung, auch für die anderen europäischen Industriezweige.

**Die Chemnitzer Volksstimme und der Deutsche Textilarbeiterverband.**

In Beantwortung der Anträge, die Kollegen Wintler und Heibel Dresden, ihres Postens zu erheben, wurde der Gauleitung Dresden nachstehender Beschluß mitgeteilt:

„Die Anträge, die Kollegen Wintler und Heibel ihres Postens zu erheben, werden abgelehnt.“

**Gründe.**  
Die Zugehörigkeit eines Textilarbeiters zum Deutschen Textilarbeiterverband darf nicht abhängig gemacht werden von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. Tatsächlich sind Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien zugleich auch Mitglieder unserer Organisation. Wie die Zulassung zum Verband im allgemeinen nicht von Parteirückfichten zu diktiert ist, so kann auch unmöglich die Übertragung einer Funktion oder das Eingehen eines Angestelltenverhältnisses nur Angehörigen einer bestimmten Partei referiert werden. Es sind im Verband Sozialdemokraten der verschiedensten Richtungen, Kommunisten, Demokraten und Zentrumsanhänger zu Funktionären berufen worden. Auch die Angestellten des Verbandes gehören durchaus nicht sämtlich einer bestimmten Partei an. Der Deutsche Textilarbeiterverband ist zwar nicht politisch, aber doch parteipolitisch neutral. Reichfertige Verletzung dieser Neutralität zerstört die Grundlage der Organisation. Der letzte Grund zu dem Antrage gegen Heibel und Wintler ist — wie ihre Gegner auch ausgeben, in der Zugehörigkeit zur Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens zu suchen. Diese Gründe lehnt der Vorstand ab und damit alle diesbezüglichen Anträge.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.  
gez. H. Sadel.

Die Gauleitung Dresden hat den Beschluß des Verbandsvorstandes der sächsischen Parteipresse übermittelt. Die sächsischen Parteizeitungen haben in ihrer Mehrheit den Beschluß veröffentlicht. Die „Chemnitzer Volksstimme“, die den Beschluß auch veröffentlichte, konnte es sich aber nicht verkneifen, in einer angehängten Kritik den Verbandsvorstand in der niedrigsten Weise zu verächtigen. Die „Chemnitzer Volksstimme“ hat gar nicht erst den Versuch unternommen, sachliche Kritik zu üben, sondern sie griff „mutwillig“, wie sie nun einmal ist, zur Verächtigung. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt:

„Gernach. Eine Partei, die sich mehr und mehr nationalsozialistische Übergänge zu eigen macht und deren geistiger Vater die Abkehr vom Gedanken der Internationale fordert — den Grundprinzipien der ganzen Arbeiterbewegung also ins Gesicht schlägt — kann nicht anders als ein Feind dieser Arbeiterbewegung angesehen und entsprechend behandelt werden. Es ist daher ganz selbstverständlich, und es spricht für den gesunden Instinkt der Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie spontan die prominenten Führer dieser sich mehr und mehr als nationalsozialistisch demaskierenden Parteigruppe ablehnen. Um so unverständlicher ist daher der Vorstandsbeschluß des Textilarbeiterverbandes, wenn gleich die bisherige enge Verbindung des Vorstandes mit Rietich eine gemißte Erklärung gestattet.“

**Verfassungsfeiern . . . .!**

Nachdenkliches zum 11. August.  
Von Karl Leonhardt.

S. F. Im Norden und Süden und Westen und Osten begehen am 11. August alle Republikaner festlich den Tag, der uns vor sieben Jahren in Weimar die freieste Verfassung brachte, eine Verfassung, die nichts von der Willkür der herrschenden Klasse und dem Willen der Starren enthält, sondern das Recht des Volkes und den Willen dieses Volkes als oberstes Gesetz proklamierete. Ja, wir Deutschen können stolz auf unsere Verfassung sein, denn sie ist eines freien Volkes würdig!

Stolz! Ja, auf das Stück Papier können wir stolz sein. Mehr nicht. Würde Ferdinand Lassalle heute leben, er würde uns entgegenkommen: Verfassungsfragen sind Machtfragen! Glaubt ihr mit der geschriebenen Verfassung auch schon die verfassungsmäßige Macht zu besitzen? So würde uns heute Ferdinand Lassalle fragen, wenn er nicht schon 62 Jahre in kühler Erde ruhen würde. Und mit Recht müßte er uns so fragen. Wir dürfen uns keinen Selbsttäuschungen hingeben, sondern müssen nachdenken und sachlich untersuchen, welche Macht wir als proletarische Klasse in dieser deutschen Republik mit der freiesten Verfassung besitzen.

Können wir uns aber nicht mit Büttneris die Frage vorlegen: Gaben wir eigentlich einen richtigen Anlaß zu Verfassungsfeiern? Ist der Tag der lebendigen Wiederkehr der Grundsteinlegung der deutschen Verfassung wirklich ein solcher Anlaß zum Feiern . . . ? Ja, wenn die Verfassung kein Stück Papier geblieben, sondern ein Stück, und nur ein Stückchen Wirklichkeit geworden wäre, dann könnten wir heute mit Pokalen und Trompeten den Tag festlich begehen, dann könnten wir jubeln und fröhlich sein. Uns verging der Jubel und die Fröhlichkeit und die Festesfreude nicht im Feiertagsrausch und im andäuger Wiene können wir heute feiern, sondern mit Gewehr bei Fuß und in Kampfbereitschaft müssen wir das zürückerobert, worin heute . . . noch gefeiert wird! Ironie der Geschichte? Nein, es ist eine geschichtliche Tragödie.  
Gut, habe ich reden, daß mit dieser Verfassung eine neue geschichtliche Epoche begonnen hat, zählt die proletarischen Kampfpositionen auf, verachtet auch über ihre nicht, hebt die Bedeutung der Republik

und die freie republikanische Verfassung für den weiteren proletarischen Machtkampf hervor, ernannt die Republikaner zur Mitarbeit an diesem vom Volke geschaffenen Staat, ernannt besonders den Arbeiter, der noch immer gegenüber dem Staate, selbst gegenüber dem selbstgeschaffenen Staate störrisch ist, und lobt auch ruhig die Erlöse dieser Republik, warum auch nicht, denn sie hat ja auch wirklich welche aufzuweisen.

Das alles können unsere Reden auf den Verfassungsfeiern enthalten. Aber sie dürfen noch vielmehr enthalten. Forderungen, Forderungen . . . ! Noch besser ist es, ihr haltet keine Reden, sondern formuliert Forderungen, meintwegen arbeitet eine neue Verfassung aus und benutzt sie als Manuskript eurer Rede, aber vergeht nur nicht zu fordern, denn riesengroß ist die Rechnung geworden, die das Volk zu präsentieren hat.

Verfassungsfeiern . . . ! Laßt sie nicht in Beweihräucherungen ausgehen, nicht zu sehr loben, was alles schon geschafft wurde, denn dahinter steht das noch nicht geschaffene. Legt euch auch kein allzu aufdringliches Machtpallos zu, den eines Tages müßt ihr statt reden handeln, und dann, ja dann . . . müßt gehandelt werden!

Bitte, täuscht und häßlich dies liebe Kind, die Republik nicht zu sehr, sonst wird es verwöhnt. Auch haben wir als Republikaner wirklich gar keine Ursache zu dieser Verherrlichung „unserer Republik“. Wenn schon mit Musik und Trara und Bumbum die Verfassungsfeiern begangen werden, wenn schon die schwarzrotgoldenen Fahnen lustig im Winde flattern und das Reichsbanner in großer Uniform aufmarschiert, dann vergeht doch nicht zu fragen: „Und wo ist unsere Macht? Wo sind unsere Kampfpositionen? Wo sind unsere Rechte als Staatsbürger? Und wenn wir dann im festen Marschschritt durch die Straßen gehen, stolz auf unsere Macht, und kraftvoll im Abwehrwillen, dann vergeht doch bitte auch nicht daran zu denken, daß in dieser deutschen Republik der Feind stark geworden ist, daß er die Positionen befehzt hat, die uns „verfassungsmäßig“ zukommen, daß er die Macht ausübt, die wir kraft der Verfassung ausüben sollen, kraft des „Willens des deutschen Volkes“! Wo ist dieser Wille des deutschen Volkes, spüren wir ihn, merken wir etwas von den Folgen dieses Volkswillens? Nein! Kraft nicht nur „hoch . . . hoch . . . hoch . . .“ die Fahne des Schwarz-Rot-Gold, sondern brüllt lieber in die Straßen: „Der Wille des Volkes, soll oberstes Gesetz sein“, denn so steht es ja auch in der Verfassung geschrieben, die wir heute wieder feiern. Feiern . . . !

Sollen wir nur dieses verfassungsmäßige Recht fordern? Nein, erkämpfen wollen und müssen wir es. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Wir haben die Verfassung, die anderen die Macht. Schade, daß wir nicht die Macht haben! Dann hätten wir Grund zum Feiern! Dann könnten wir fröhlich sein, schöne Reden halten und . . . stolz sein. Aber so!

So haben wir allerdings „das stolze Gefühl und Bewußtsein“, in einer Republik mit der freiesten Verfassung zu leben, in einer Republik, in der alle aufrechten Republikaner vogelfrei geworden sind, in der sie auf Grund der „Verfassung“ ins Gefängnis, ins Zuchthaus, geworfen werden, in der nur der Monarchist zu Amt und Würden kommt, und die sich so langsam im Laufe der sieben Jahre zu einer „Republikanischen Monarchie“ umgemauert hat.

Wir leben in einer Republik, die trotz ihrer schönen Verfassung, noch Richter duldet, die gegen Republikaner Zuchthausparagrafen schleudert und gegen Hakenkreuzler Freisprüche in Masse fällen, wir haben eine Republik, die ihre „verfassungsmäßigen“ Farben vertauscht gegen die Symbole alter „herrlicher Zeiten“ und ihren ehemaligen, davongelaugten Poitentaten Umsturzgelde bewilligte, trotzdem die allermeisten Republikaner hungern, ja, schon viele verhungert sind und noch weiter hungern werden. Was macht, wenn republikanische Arbeiter verhungern, wenn dafür ehemalige Fürsten in Floribus leben können! Das ist ausgleichende Gerechtigkeit unserer „Republik“.

Ich frage die aufrechten Republikaner, haben wir Ursache zur Feier, haben wir Anlaß zur Zufriedenheit, müssen wir nicht im Gegenteil mit der geballten Faust zwischen unsere Gegner treten? Ich weiß, man lächelt über diese primitive Empörung, auch ist sie „verfassungswidrig“, aber zum Donnerwetter, sollen wir uns erst die Haut über die Ohren ziehen lassen und dann erst noch überlegen, ob der Widerstand auch nicht „verfassungswidrig“ ist? Nein . . . und tausendmal nein . . . keine Überlegung am falschen Plage, kein ängstliches Verlegen und Abwägen, sondern in Kampffront gegangen, denn die Zeit zur Abwehr ist überreif. Drauf und dran! Es gilt zu kämpfen für die wirkliche Verfassung.

So wollen wir Verfassung feiern!  
Nein, keine Verfassungsfeiern, sondern Verfassungskämpfe!

Was will die „Chemnitzer Volksstimme“ damit sagen? Doch nichts anderes, als daß der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes im höchsten Grade verdächtig erscheint, dieselben nationalsozialistischen Tendenzen zu vertreten wie Niekisch. Einen anderen Sinn kann die Redewendung nicht haben. Wir müssen gestehen, eine so niedrige Verdächtigung, die sich auf nichts anderes stützen kann, als darauf, daß Niekisch beim Textilarbeiterverband in Stellung war, ist uns lange nicht begegnet. Die „Chemnitzer Volksstimme“, von der man annehmen muß, daß sie die Publikationen des Textilarbeiterverbandes verfolgt, weiß genau, daß der Vorstand des Textilarbeiterverbandes keine nationalsozialistischen Tendenzen in der Richtung Niekisch verfolgt, im Gegenteil, der Verbandsvorstand hat die Außenpolitik der Gewerkschaften, des ADGB, sowie des IGB, in jeder Beziehung gestützt. Trotzdem aber diese Verdächtigung. Es bleibt also kein anderer Schluß übrig als der, daß die „Chemnitzer Volksstimme“ mit Absicht verdächtigt, nur um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, nämlich das, die Textilarbeiter gegen den Verbandsvorstand aufzuwiegen. Im weiteren möchten wir aber auch darauf verweisen, daß weder der Kollege Winkler noch Heibel den nationalsozialistischen Tendenzen von Ernst Niekisch irgendwie huldigen. Im Gegenteil, sie vertreten die „Grundprinzipien der ganzen Arbeiterbewegung“ — um in der Sprache der „Chemnitzer Volksstimme“ zu reden — ebenso eindringlich wie die „Chemnitzer Volksstimme“. Es ist eine Notwendigkeit, wenn man den Verbandsvorstand der Textilarbeiter sowie die Kollegen Heibel und Winkler mit den nationalsozialistischen Tendenzen von Niekisch irgendwie in Verbindung bringen will.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ kann sich überhaupt in den traurigen Ruhm mit den Kommunisten teilen, die Gewerkschaften im erzgebirgischen Bezirk in der empfindlichsten Weise geschädigt zu haben. Die Kommunisten vermögen uns einen Schaden nicht mehr zuzufügen, deshalb ist die „Volksstimme“ um so eifriger bemüht, das traurige Handwerk der Kommunisten fortzuführen. Es ist ferner noch zu bemerken, daß das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau die Chemnitzer Schmutzblätter nachdruckt.

### Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung.

Verhandlungen der Gewerkschaften mit Vertretern der Reichsregierung und der preussischen Regierung.  
Am 9. August fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und Vertretern des Reichs-

arbeitsministeriums, Reichswirtschaftsministeriums, Reichsfinanzministeriums und des preussischen Wohlfahrtsministeriums über den Stand der Notstandsarbeiten und der durch die geplanten besonderen Maßnahmen des Reiches und der Länder herbeizuführenden Arbeitsbeschaffung statt.

Im Gegensatz zu den Versprechungen der Regierung und den Hoffnungen der Erwerbslosen steht die Tatsache, daß die Zahl der bei Notstandsarbeiten im engeren Sinne beschäftigten Erwerbslosen sogar erheblich gesunken ist. Mitte Mai wurden 170 105 Erwerbslose bei Notstandsarbeiten beschäftigt, Mitte Juli jedoch nur noch 143 695. Andererseits ist aus der Zahl der unterstützten Erwerbslosen und aus den Meldungen der einzelnen Bezirke noch nicht zu erkennen, daß die besonderen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die ja nicht als eigentliche Notstandsarbeiten durchgeführt werden und daher auch nicht in den Zahlen der beschäftigten Notstandsarbeiten zum Ausdruck kommen, bisher eine belebende Wirkung auf dem Arbeitsmarkt hatten.

In den Verhandlungen haben die Gewerkschaftsvertreter noch einmal mit allem Nachdruck die beschleunigte Durchführung aller versprochenen Maßnahmen gefordert. Der Rückgang der Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter wird nur vorübergehend sein. Er findet zum Teil seine Erklärung darin, daß eine Reihe größerer Notstandsarbeiten, die im Frühjahr begonnen worden sind, abgeschlossen ist. Inzwischen sind die vom Reich und den Ländern bewilligten erweiterten Mittel auf neue Notstandsarbeiten verteilt worden. Es muß Aufgabe der unteren Verwaltungsorgane sein, diese nunmehr finanziell sichergestellten Arbeiten schnellstens in Angriff zu nehmen; außerdem werden Verzinsung und Tilgung der Darlehen für diese Arbeiten den Trägern der Notstandsarbeiten wesentlich erleichtert werden, um auch leistungsschwachen Gemeinden die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten möglich zu machen.

Es ist daher damit zu rechnen, daß in den nächsten Wochen die Zahl der Notstandsarbeiter ansteigen wird. Dabei wird man sich jedoch hüten müssen, diese Zahl zu überschätzen, wie es teilweise geschieht. Nach Maßgabe der bereitgestellten Mittel dürften kaum mehr als etwa 200 000 Notstandsarbeiter in Bewegung zu setzen sein.

Sehr viel größere Bedeutung kommt den sonstigen Beschäftigten über die Durchführung besonderer arbeitsschaffender Maßnahmen zu, wie insbesondere den vermehrten Aufträgen der Reichsbahn, Post, der Wasserstraßenverwaltung usw., der Hebung der Wohnbautätigkeit und des Exports. Diese Arbeiten sind im technischen Sinne

nicht Notstandsarbeiten. Sie werden auf dem freien Arbeitsmarkt vergeben und die durch sie beschäftigten Arbeiter erscheinen daher nicht in der Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter.

Diese Arbeiten, über deren Einzelheiten in der nächsten Woche eingehender berichtet werden kann, sollen schätzungsweise Arbeitsgelegenheit für etwa 270 000 Arbeiter auf etwa 8 Monate sicherstellen. Ein größerer Teil dieser Arbeiten, insbesondere die verstärkte Befüllung der Reichsbahn und Post, sind bereits an die in Frage kommenden Betriebe vergeben. Andere Arbeiten, wie z. B. die Elektrifizierung des Berliner Vorortverkehrs, sollen bereits in nächster Zeit in Angriff genommen werden. In den Zahlen der Erwerbslosen kann sich diese Arbeitsgelegenheit erst in den nächsten Wochen auswirken. Ein gleiches gilt von den auf Grund der Kausaltreue mit Ausland getätigten Aufträgen. Bisher sind von der Sowjetregierung für rund 42 Millionen Bestellungen unterzeichnet. Nach Abschluß der Vorarbeiten für die Exportversicherung sind auch hierdurch Exportaufträge zu erwarten. Sie halten sich bisher noch in engen Grenzen (etwa Bestellungen für 10 Millionen Mark), dürften jedoch in der nächsten Zeit eine wesentliche Steigerung erfahren. 60 Millionen Mark sind unter besonderen Bedingungen für den Bau von Landarbeiterwohnungen bereitgestellt, außerdem sind nunmehr die Verhandlungen des Reiches mit den Ländern über die Bereitstellung der Anleihekredite für die Durchführung eines zusätzlichen Bauprogramms abgeschlossen. Dadurch besteht begründete Hoffnung, daß in den Herbstmonaten für das Baugewerbe, das noch immer rund ein Fünftel seiner Arbeitskräfte arbeitslos hat, vermehrte Arbeitsgelegenheiten geschaffen wird.

Die Vertreter der Gewerkschaften forderten, daß die Reichs- und Landesbehörden alle diese Arbeiten auf der denkbar breitesten Grundlage fördern und vor allem beschleunigen.

Außerdem wurde über die Frage der ausgesteuerten Erwerbslosen verhandelt. Der Arbeitsminister hat bisher lediglich seine Anordnung, wonach in Fällen besonderer Härte den unteren Verwaltungsorganen die Befugnis zusteht, Erwerbslose bis zu 52 Wochen zu unterstützen, verlängert. Die von den Gewerkschaften geforderte Verlängerung der Unterstützungsperiode über 52 Wochen hinaus ist nicht eingetreten. Der Arbeitsminister erklärt, daß eine derartige Verlängerung lediglich durch den Reichstag erfolgen könne, nicht aber durch Anordnung des Ministers. Es ist in den nächsten Tagen lediglich eine Verfügung zu erwarten, nach der langfristig Erwerbslose (über 52 Wochen Unterstützungsauer) der allgemeinen Wohlfahrtspflege zu überweisen sind. Leistungsschwachen Gemeinden oder Fürsorgeverbänden sollen 50 Prozent der für langfristig Erwerbslose aufgewandten Unterstützungsmittel zurückerstattet werden. Gegen diese geplante Regelung haben die Gewerkschaftsvertreter Verwahrung eingelegt. Es ist nicht angängig, die Opfer der Wirtschaftskrise der Armenfürsorge zu überantworten. Die Gewerkschaften verlangen Sicherungen, daß der Erwerbslose im Rahmen der bestehenden Fürsorge für Erwerbslose weiter verfolgt wird. Dieses kann nur dadurch geschehen, daß die Unterstützungsperiode entsprechend verlängert wird. Entgegen der Auffassung im Reichsarbeitsministerium, daß eine derartige Verlängerung der Unterstützungsperiode nur durch den Reichstag erfolgen könne, forderten die Gewerkschaftsvertreter die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juli 1926.

Stichtag für die Arbeitslorenzählung: 31. Juli.  
Stichwoche für die Kurzarbeiterzählung: 26.—31. Juli.

Die im Monat Juni zu beobachtende leidliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt der Textilindustrie hat auch, nach dem Ergebnis der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung innerhalb unserer Mitgliedschaft, im Monat Juli angehalten. Es ist eine zahlenmäßige bzw. prozentuale Abnahme der Arbeitslosen (1,0 Proz.) sowohl, wie auch der Kurzarbeiter (4,5 Proz.) festzustellen.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Stand der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den letztvergangenen drei Monaten.

	Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Zuf.
im Mai 1926	58 775=19,9	150 272=51,0	209 047=70,9
im Juni 1926	54 786=19,4	129 436=45,9	184 222=65,3
im Juli 1926	51 910=18,4	116 581=41,4	168 491=59,8

Die Gliederung der kurzarbeitenden Mitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverkürzung ergab in der Juli-Stichwoche folgendes Bild:

ES arbeiteten wöchentlich	Verbandsmitglieder			In Proz. der erfaßten Mitglieder
	männl.	weibl.	zusammen	
1—8 Stunden	10 240	15 582	25 772	9,1
9—16	14 198	23 001	37 197	13,2
17—24	18 548	21 269	34 809	12,4
25 u. mehr	7 787	11 038	18 808	6,7
Insgesamt	45 743	70 888	116 581	41,4

Die Arbeitszeitverkürzung beträgt demnach immer noch zum weitesten Teil 9—16 bzw. 17—24 Stunden, d. h. es wird hauptsächlich zwei bis drei Tage pro Woche verkürzt gearbeitet.

Ueber den Geschäftsstand in den einzelnen Industriezweigen der Textilindustrie gibt folgende Tabelle Aufschluß.

Nach unserer Zählung waren in Prozent der beschäftigten Mitglieder in den einzelnen Gruppen (Kurzfabriken: die Zahlen des Monats Juni):

Industriezweige	Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Beschäftigte Proz.
Seide und Kunstseide	21,6	27,2	51,2
	24,3	38,3	37,4
Wolle	16,5	22,4	61,1
	19,2	26,1	54,7
Baumwolle	17,1	58,8	24,1
	16,7	61,8	21,5
Wollfaser (Flachs, Hanf, Jute)	23,7	39,4	36,8
	22,1	47,6	30,3
Wirkerei und Strickerei	18,4	40,9	40,8
	18,4	44,9	36,6
Gardinen, Spitzen, Tüll, Gätel und Strickerei	28,2	57,5	14,2
	31,7	56,5	11,8
Seilereie	11,3	68,4	20,2
	21,9	47,0	31,1
Teppiche	16,0	47,4	36,6
	17,1	57,5	25,1
Parasenten	23,2	41,6	35,2
	26,7	43,6	29,7
Sonstige Branchen	17,8	39,4	42,8
	18,1	41,9	39,0
Textilindustrie insgesamt	18,4	41,4	40,1
	19,4	45,9	34,7

Nach dieser Aufstellung haben an der, in der Hauptübersicht gezeigten Aufstellung, alle Zweige der Textilindustrie Anteil. Der Beschäftigungsgrad ist an und für sich aber ein verschiedener. Neben der Gruppe Gardinen, Spitzen, Tüll usw. und der Seilereie ist es hauptsächlich die Baumwollbranche, die sehr schlecht beschäftigt ist.

Wie der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Branchen ein verschiedener ist, so ist auch — je nachdem eine Gruppe vorherrschend ist — das Prozentverhältnis der Arbeitslosen- und der Kurzarbeiterziffern zum Mitgliederbestand in den einzelnen Gauen unseres Verbandes verschieden. Folgende Tabelle veranschaulicht den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den einzelnen Gauen:

## Woh, du bist frei — frei wie du niemals warst! \* FRAUENTEIL \* weils den Herzogt dir, daß du offenbar, wie leicht beschwimmt dein Fuß ins neue Schicksal zu setzen.

### Großes Arbeiterinnen-treffen des Gaues Rheinland-Westfalen am Sonnabend, dem 31. Juli und Sonntag, dem 1. August in Düsseldorf.

Die diesmalige Arbeiterinnenkonferenz gewann durch die Teilnahme einer Anzahl Kolleginnen von Württemberg eine größere Bedeutung. Dementsprechend war es besonders zu begrüßen, daß trotz der schwer auf der Arbeiterschaft lastenden Wirtschaftskrise eine so stattliche Zahl von Teilnehmerinnen zu verzeichnen war. Die Zusammenkunft stand diesmal im Zeichen der großen Ausstellung „Gesolei“. Es galt für uns, zu prüfen, was dieselbe für die Arbeiterschaft im allgemeinen für eine Bedeutung hatte. Der Arbeiterinnen-tagung war deshalb eine Besichtigung der Ausstellung vorausgegangen.

Unter sachgemäßer Führung von Mitgliedern der Düsseldorfer Arbeiterwohlfahrt hatte die Gauleitung es allen Teilnehmerinnen ermöglicht, ein möglichst einheitliches Bild von der Ausstellung zu erhalten. Hierfür sowie für die Bereitstellung von Quartieren sagen wir der Düsseldorfer Arbeiterwohlfahrt herzlichen Dank. Ebenfalls gebührt der Frau Regierungsrätin Dr. Call für ihren tiefgehenden Einführungsvortrag unser bester Dank.

Die Besichtigung der Gesolei hinterließ bei allen Teilnehmern einen sehr guten Eindruck.

Die Tagung der Textilarbeiterinnen fand nachmittags um 5 Uhr im schön geschmückten Saal des Düsseldorfer Volkshauses statt. Die Kollegin Sankle-Krefeld eröffnete die Konferenz und begrüßte alle Erschienenen. Der Tagung wünschte sie einen vollen Erfolg. Hierauf erhielt der Kollege Böhmman zu einer Begrüßungsansprache das Wort. Dem Zusammentreffen der Textilarbeiterinnen aus den beiden Gauen Baden und Rheinland-Westfalen widmete derselbe herzliche Worte, die bei allen Teilnehmern lebhaften Beifall auslösten. Die Kollegin Döhning-Stuttgart erhielt sodann das Wort zu ihrem Vortrage „Die Gesolei und die arbeitende Klasse“. Einleitend verwies die Rednerin auf den bisherigen glänzenden Verlauf der Arbeiterinnen-tagung und nannte dieselbe einen Vorläufer der Reichsarbeiterinnenkonferenz. Sodann ließ die Referentin nochmals eine Anzahl für uns wertvolle Abteilungen der Gesolei an unserm Auge vorbeiziehen. Die Gesolei bewahrhette auf uns neue: „Des Volkes Wohlfahrt ist die höchste Pflicht“. Wollen wir wirkliche Volkswohlfahrt treiben, dann müssen sich alle Körperkassen für sie einsetzen. Bei dieser Arbeit darf es jedoch nicht bleiben, sondern wir haben weiter zu beachten, daß innerhalb der Volkswohlfahrt die Gesundheit das höchste Gut des Volkes ist. Diese Erkenntnis muß dann aber auch dazu führen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit eines Volkes sicherzustellen. Die Parole „Weg mit dem Raubbau an der Gesundheit des Volkes“ muß deshalb Gemeingut aller christlichen Deutschen werden. Die Halle Nr. 37 zeigte so recht kraß, wieviel Unfälle noch im Wirtschaftsleben geschehen. Ein großer Teil derselben liegt in der zu langen Arbeitszeit begründet. Weiter verwies die Vortragende auf die Abheilung der Arbeiterwohlfahrt. Die dort angezeigten Tabellen über die Inzidenzen zur Unterhaltung einer Familie legen die Not und das Elend unserer Arbeiterfamilien ganz klar zutage. Allen Schindlari, die in den Lohnverhandlungen auf die „hohen Löhne“ hinweisen, wäre eine Besichtigung der Gesolei zu empfehlen. Ein Volk, das dauernd am Hungertode nagt, mußte gesundheitlich immer mehr zurückgehen. Auch hier zeigt die Ausstellung ganz klar, auf welcher gefährlichen Bahn sich die Gesundheit des deutschen Volkes bewegt. Würde sich diese Ausstellung nochmals wiederholen, dann müßten die freien Gewerkschaften versuchen, noch viel mehr Material auszustellen, damit den Millionen Besuchern so recht das Leben der kollektiven Arbeiterkraft gezeigt werde. Sodann besprach die Referentin das Geschehene über den Geburtenrückgang. Unser Textilarbeiterverband führt bereits seit längerer Zeit einen scharfen Kampf zur Erreichung eines besseren Schutzes der Schwangeren. Diesen zu hintertreiben, hieße sich an der Volksgesundheit veründigen. Daß es noch Ärzte gibt, die versuchen, im Interesse des Kapitals einen erhöhten Schutz der schwangeren Betriebsarbeiterinnen zu verhindern, sollte man nicht für möglich halten. Wenn es dennoch geschieht, so zeigen dieselben, wie wenig Verständnis sie für die soziale und seelische Not einer solchen Arbeiterin besitzen. Hier gilt es, unsere Organisation mit noch mehr Material zu beliefern als bisher, damit dieselbe im Kampfe gegen die vielen Gegner der Arbeiterinnen sich auf gutes Material stützen könne. Ueber die Ausstellungsabteilung des ADGB sprach die Referentin ebenfalls ganz ausführlich und verwies auch auf die gute Arbeit, die gerade unser Textilarbeiterverband geleistet. Ueber diese Abteilung brauchen wir nichts mehr zu schreiben, da dieses bereits in früheren Artikeln in unserem Fachblatt geschehen. Die Ausführungen der Kollegin Döhning fanden starken Beifall.

Die Vertreterin des Hauptverbandes, Kollegin Elsa Krummschmidt, überbrachte hierauf die Grüße des Hauptverbandes an die rheinische Arbeiterinnentagung. Das schöne Solidaritätsgefühl habe es ermöglicht, eine solche Konferenz zu veranstalten. Die gebrauchten

Opfer würden vom Arbeiterinnensekretariat voll gewürdigt, und bilde der Hauptverband mit Stolz auf diese Tagung. Sodann besprach auch diese Rednerin eingehend die Ergebnisse der Ausstellung. Alle Fürsorgemaßnahmen wären nur Halbschritte, die beste Fürsorge sei eine gerechte Entlohnung aller Schaffenden und insbesondere der Textilarbeiterinnen. Aus ihrem großen Erfahrungsschatz besprach die Kollegin Krummschmidt sodann die Arbeiten unserer Organisation für die Arbeiterinnen. Es gelte gerade in der heutigen Zeit, alle Kräfte zu sammeln zur Wahrnehmung der Arbeiterinnenrechte. Die Krise würde in der Textilindustrie in diesen Orten dazu mißbraucht, die Rechte der Arbeiterinnen zu schmälern. Wenn schon die heutige Zeit des Großkapitalismus die Frauennarbeit in größtem Ausmaße betreibt, dann müßte man auch die Gleichberechtigung der Frau im Wirtschaftsleben anerkennen. Ein Anflug sei es, wenn man die Krise dazu benutze, um zuerst die Arbeiterinnen brotlos zu machen. Nur die krasse Not und die zu geringe Entlohnung des Mannes oder Haupternährers zwingt die Arbeiterin zur Fabrik. Diese Not würde zur Zeit einer Krise nicht geringer und könne deshalb die Maßnahme der Arbeiterinnenentlassung nicht scharf genug bekämpft werden. Eine Anzahl von Unternehmungen hat die Notlage der Arbeiterschaft dazu benutzt, sie zu zwingen, auf die tariflichen Rechte zu verzichten. Man würde sich nicht getraut haben, dieses Anjinnen an die Arbeiterschaft zu stellen, wenn diese geschlossen dem Deutschen Textilarbeiterverband angehören würde.

Ueber die Frage des Schutzes der hoffenden Mütter sprach die Referentin ganz ausführlich. Unsere Organisation würde nicht eher ruhen, bis dem berechtigten Verlangen auf größeren Schutz derselben Rechnung getragen worden sei. Die Gutachten einzelner Ärzte, die noch in letzter Stunde versuchen, den sich bedrängt fühlenden deutschen Unternehmern beizuspringen, könnten an der nachweislich großen Notlage der Schwangeren nichts abschwächen. Es muß erwartet werden, daß dieser Kampf ein Kampf der Frau in ganz Deutschland würde. Es gelte die Ehre, Würde und Gesundheit der Frau sicherzustellen, und wir würden, wenn alle Kolleginnen ihre Pflicht erfüllten, diesen Kampf zugunsten der Frau entscheiden. Langanhaltender stürmischer Beifall lohnte die Referentin.

Die Ansprache war sehr lebhaft und zeugte von dem gesunden Geist, der unserer Arbeiterinnenbewegung innewohnt. Kollegin Harms-Stuttgart wies auf die notwendige größere Aktivität der Arbeiterinnen hin. Es ginge nicht an, Fragen, die zu den ureigensten der Frauen gehören, den Männern zur alleinigen Erledigung zu überlassen. Hier müßte das Pflichtbewußtsein der Kolleginnen erstarken, denn nur so seien die Ziele zu erreichen, die die beiden Referentinnen so klar umrissen haben. Kollegin Klein-Machen weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die gerade der Fortentwicklung unserer Frauenbewegung im Rheinland gegenüberstehen. Die ständigen Anregungen, die die Gauleitung heute herausgibt, seien zwar der langsamen Ueberwindung dieser Schwierigkeiten sehr dienlich, aber es müßte noch vieles getan werden. Kollegin Biedermann-Göppingen besprach die Folgen der Wirtschaftskrise sowie deren ungünstige Auswirkung gerade für die Kolleginnen ganz ausführlich. In der Krisenzeit habe es sich bewiesen, daß die Kolleginnen an der Gewerkschaftsarbeit einen viel größeren Anteil nehmen müßten. Dasselbe gelte betreffend der Anteilnahme an den Betriebsratswahlen. Einen ganz traffen Akt der Willkür gegenüber den Kolleginnen weist dieselbe nach: „Frauen wurden zur Pflichtarbeit herangezogen, und zwar zum Begebenen. Hier müßten die Frauen Ries schaufeln usw. Unter diesen Frauen befand sich auch eine Hochschwangere. (Soll hier nicht die Regierung einmal nach dem Rechten sehen müssen? D. V.)

Kollegin Hermann-Stuttgart wies auf die Notwendigkeit derartiger Zusammenkünfte hin. Wenn alle Anwesenden im Sinne der Tagung zu Hause handeln würden, dann würde diese Konferenz für unsere gerechte Sache gute Früchte tragen.

Die Leiterin der Tagung Kollegin Sankle-Krefeld widmete den Versammelten vor dem Schlußwort der Kollegin Döhning noch einige herzliche Worte. Die Verstöße der Unternehmer zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wären wohl nicht erfolgt, wenn die Arbeiterinnen nicht so tatelos zugehört hätten. Daß die Löhne heute noch zu hohe seien, wage auch kein Unternehmer in einem Betriebe, wo organisierte Arbeiter vorhanden, zu behaupten; hier gelte es also den Unorganisierten zu zeigen, welchen Schaden sie der gesamten Arbeiterklasse zufügen.

Die Kollegin Döhning sagte in ihrem Schlußwort das Ergebnis der Ausprache dahingehend zusammen, daß sie feststellt, welche einen glänzenden Verlauf die Konferenz genommen. Die Tagung ermuntere uns zu der Annahme, daß diesen trüben Tagen auch wieder einmal bessere folgen müßten. Diese mit herbeizuführen sei ebenfalls eine Aufgabe der Kolleginnen. Der Konferenz folgte eine gemüthliche Nachfeier, bei der die Krefelder Jugend sowie eine Anzahl Kolleginnen und einige Kollegen für eine gute Unterhaltung sorgten. Allen Teilnehmern wird diese Tagung sowie deren nachfolgender gemüthlicher Teil unvergessen bleiben.

